

Parolen zur Abstimmung vom 9. Juni 2024

Eidgenössische Vorlagen

- 1. Volksinitiative „Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)“** **NEIN**

Die FDP lehnt die SP-Initiative entschieden ab. Sie würde zu jährlichen Mehrausgaben von 4.5 Milliarden Franken beim Bund führen, was eine höhere Steuerbelastung für den Mittelstand und Unternehmen oder mehr Schulden zur Folge hätte. Es braucht jetzt griffige Reformen und weniger Planwirtschaft im Gesundheitswesen. Mit dem vernünftigen Gegenvorschlag vom Parlament werden die Kantone jetzt verpflichtet, einen Mindestbeitrag an die Prämienverbilligung für einkommenstiefe Haushalte zu leisten, was die Kantone etwa 356 Millionen Franken pro Jahr kosten wird.
- 2. „Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)“** **NEIN**

Die FDP lehnt die Initiative der Mitte-Partei ab, weil sie keine Lösungen bietet und mit ihrer starren Kosten-Plafonierung zu einem Leistungsabbau und letztendlich zu einer Zweiklassen-Medizin führen würde. Beim Gegenvorschlag stehen konkrete Massnahmen zur Kostensenkung, wie die Einführung von Kosten- und Qualitätszielen für erbrachte Leistungen, im Zentrum. Zudem sollen nur noch sinnvolle Leistungen, die wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind, von der obligatorischen Versicherung (OKP) übernommen werden.
- 3. Volksinitiative „Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit“** **NEIN**

Die FDP wie auch Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Körperliche Unversehrtheit ist bereits heute als Grundrecht in der Verfassung verankert. Auch darf niemand ohne Zustimmung geimpft werden. Zudem sind die Folgen der Initiative, etwa für die Arbeit von Polizei und Justiz unklar.
- 4. Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)** **JA**

Der Vorstand der FDP Bergdietikon unterstützt die JA Parole der FDP Schweiz. Das neue „Stromgesetz“ (Mantelerlass) will im Rahmen der Energiestrategie 2050 die inländische Stromproduktion und Versorgungssicherheit der Schweiz im Winter stärken. Die Förderung erneuerbarer Energie mit Wasserkraft und neuer Projekte mit Sonnen- und Windenergie sichert eine unabhängige Stromversorgung der Schweiz - zu stabileren Preisen für die Konsumenten. Das Stromgesetz äussert sich nicht zur Atomkraft und verpflichtet die Kantone, Umweltschutzinteressen zu berücksichtigen.

Kantonale Vorlagen

- 5. Verfassung des Kantons Aargau (Kurztitel und Klimaparagraph)** **JA**

Die FDP Aargau bekennt sich zu den Pariser Klimazielen und unterstützt den neuen Verfassungsartikel. Nicht in die Verfassung gehören hingegen konkrete Förderaufträge oder Verbote.

Ihre FDP - Die Wirtschaft sind wir alle. Werden Sie Mitglied.